



# Planetarische Visionen

Zehn Jahre nach dem Mauerfall verbreitet sich wieder die Furcht vor deutscher Macht in ganz Europa. Bundeskanzler Schröder pocht auf die Größe des vereinten Landes. Doch Weltmacht will und kann Deutschland nicht sein.

**P**lötzlich ist die niedrige, rot-weiß lackierte Schranke weg. Es ist 23.20 Uhr. Wie erstarrt steht die Frau im lila Mantel am 9. November 1989 auf dem Asphalt am Grenzübergang Bornholmer Straße in Berlin. Zwei Schritte hat sie sich vorgewagt – nun ist sie fast schon in einer anderen Welt, im Westen.

Verwirrt tastet sie nach ihrer Handtasche. Vor ihr liegt die offene Grenze. Hinter ihr drängen ihre Ost-Berliner Mitbürger. Und dann ist kein Halten mehr. Die Frau rennt los, ein Mann im dunklen Mantel reißt sie mit,

zwei junge Leute in Jeans und Turnschuhen stürmen an ihr vorbei. Hunderte folgen, tausende. Das Ende der DDR hat begonnen.

Im kollektiven Gedächtnis der Deutschen sind diese Bilder fest verankert: Menschen, die sich am Grenzübergang umarmen, auf Trabis trommeln, auf der Mauer tanzen und „Wahnsinn“ rufen, immer wieder: „Wahnsinn“; der Bürgermeister mit dem roten

Schal, der verkündet, dass „die Deutschen das glücklichste Volk“ sind; die Nationalhymne im Bonner Parlament.

Eine Stadt, ein Land, ein Kontinent im Taumel der

Veränderung. 44 Jahre nach dem Ende des von Adolf Hitler entfesselten Weltkriegs, 28 Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer ist die eingefrorene Weltordnung des Kalten Kriegs in einer einzigen Nacht aufgebrochen. So viel Bewegung war lange nicht in dem Land, das den Status quo der Teilung für ewig als Strafe der Geschichte verinnerlicht zu haben schien. Jetzt tanzten die Verhältnisse.

Doch deutsche Bewegung macht Angst. Die europäischen Nachbarn waren alarmiert. Machten sich die Teutonen wieder einmal auf den Marsch zur Vorherrschaft in Europa?





FOTOS: C. BACH / BACH & PARTNER (LI); SPIEGEL TV (re.)

Aber die satten Deutschen hatten selbst viel zu verlieren. Und so taten sie alles – angeführt vom beharrlich konventionellen Kanzler Helmut Kohl –, um die radikale Wende ohne ernsthafte Erschütterungen in bewährte Bahnen zu lenken. Gemessen an den Ungewissheiten von damals, verglichen mit den Befürchtungen und Hoffnungen der stürmischen Tage des Übergangs nennt der britische Zeithistoriker Timothy Garton Ash die vergangene Dekade „eine große Erfolgsstory“.

Zehn Jahre ist es erst her. Und schon wirken die Szenen, die das Fernsehen zum

gehört, konzentrierten sich die West-Politiker von Anbeginn darauf, den irrationalen Aufbruch im Osten unter Kontrolle zu bringen.

Sie folgten damit den Wünschen des Volkes – im Osten wie im Westen. Denn wie an ein Rettungsfloß klammerten sich die Menschen, über die das größte Experiment in der Geschichte Nachkriegsdeutschlands hereinbrach, an die Parole, mit der schon Konrad Adenauer in den fünfziger Jahren Mehrheiten hinter sich versammelt hatte: „Keine Experimente“, wenigstens keine zusätzlichen.



**Blick vom künftigen Kanzleramt auf den Reichstag, Grenzöffnung an der Bornholmer Straße (1989):** *So viel Bewegung war lange nicht*



AFP / DPA

**Deutsche Panzer auf dem Balkan (1999)**  
*Ein Rest von Misstrauen bleibt*

Jubiläum des Mauerfalls zeigt, wie eine Fiktion. Zu schön, um wahr gewesen zu sein. Gefilmte Erinnerung an eine ferne, glückliche Nacht, längst TV-Konserve.

Waren wir das wirklich? Wollen wir das überhaupt gewesen sein?

Der innere Widerspruch des historischen Augenblicks war schon damals zu spüren. So echt wie die Freude war auch die Furcht der Menschen vor drohender Veränderung.

Kalkweiß wurde Johannes Rau, als er am Abend des 9. November im Foyer des Leipziger Hotels Merkur vom damaligen WDR-Intendanten Friedrich Nowotny erfuhr: „Die Mauer ist auf!“ Angespannt und verwirrt stand Helmut Kohl neben Willy Brandt am Tag darauf vor dem Schöneberger Rathaus. Ihn traf die historische Chance seines Lebens genauso unvorbereitet wie den Rest der Republik. Dass sich im Osten bedeutsame, womöglich chaotische Entwicklungen anzubahnen begannen, erfüllte ihn eher mit Besorgnis als mit Genugtuung.

„Wahnsinn“ wurde zum Wort des Jahres. Und weil der bekanntlich gefährlich ist und in die geschlossene Abteilung

Zehn Jahre später ist nichts mehr, wie es war. In Berlin treffen sich die einstigen politischen Erzfeinde Peter Gauweiler (CSU) und Klaus Bölling (SPD), um gemeinsam Ex-Bundeskanzler Kohl im früheren Arbeitszimmer von Margot Honecker zu interviewen, in dem „der Alte“ jetzt residiert. In Erich Honeckers ehemaligem Amtssitz, dem DDR-Staatsratsgebäude, führt Kohls Nachfolger Gerhard Schröder die Regierungsgeschäfte.

Gewissheiten gelten nicht mehr. Mit der Deutschen Demokratischen Republik ist auch die alte Bundesrepublik verschwunden. Der Staat, der aus seiner neuen alten Hauptstadt regiert wird, heißt bei seinen Bürgern schlicht „Deutschland“. Und doch wollen die Deutschen das Neue noch immer nicht so recht beginnen lassen. Das vereinte Land verharrt im Übergang.

„Von politischer Aufbruchstimmung“, konstatiert der Molekularmediziner und ehemalige Bürgerrechtler Jens Reich, „fehlt heute jede Spur.“ Stattdessen habe sich ein stagnierender Konservatismus

breit gemacht. Die Gesellschaft ist erstarrt in der Furcht vor dem Verlust ihrer Geborgenheit.

Normalität, hatte der jüngst gestorbene Publizist Johannes Gross 1995 in seinem Buch „Begründung der Berliner Republik“ prophezeit, werde künftig vor allem „Normalität der Instabilität“ bedeuten. Eine bittere Erkenntnis besonders für die Westdeutschen, die seit dem rasant gelungenen Wiederaufbau der fünfziger und sechziger Jahre auf einer Insel der Stabilität lebten.

## Die Avantgarde in Ost und West verweigerte sich der Realität

Eine Heimat, so Gross, „aus der vertrieben zu werden überaus schmerzlich ist“.

Nur zu gern hatten deshalb die Deutschen in Ost und West an die „blühenden Landschaften“ geglaubt, die ihnen Kohl in Aussicht stellte. Es würde auch nichts kosten, behauptete er – und gewann Wahlen und den Titel „Kanzler der Einheit“.

Die geistigen Bewegter der beiden deutschen Teilstaaten, die Bürgerrechtler im Osten ebenso wie die Intellektuellen im Westen, von der Gruppe 47 bis hin zu den 68ern, verweigerten sich im November 1989 der Realität. Das vorwärts drängende Volk war der Avantgarde unheimlich. Viele gingen auf Distanz, einige, wie Günter Grass, verschanzten sich hinter dem Argument, „nach Auschwitz“ dürfe es keine deutsche Einheit geben.

In einem Punkt aber waren sich die Wähler-Mehrheiten in Ost und West von Anfang an einig: Die Westdeutschen wollten, dass bei allem Umbruch möglichst viel so bleibt, wie es ist, die Ostdeutschen wünschten, dass es endlich so werde, wie es 40 Jahre lang im Westen war.

Als Garant dafür galt Helmut Kohl, der noch zweimal – 1990 und 1994 – wiedergewählt wurde. Und auch Gerhard Schröder gewann 1998, weil er „nicht alles anders, aber vieles besser“ zu machen

versprach. Die Deutschen wollten ein neues Gesicht, aber keine andere Politik.

Wie unter einem Brennglas lässt sich dieses Beharrungsvermögen in Berlin betrachten. Ausgerechnet in der Hauptstadt, die weltweit als Symbol des Aufbruchs gilt, wird der zäheste Verteidigungskampf gegen die neue Zeit geführt.

„In Berlin müsste eine Koalition aus CDU und PDS regieren“, meint Jens Reich mit Blick auf die jüngste Landtagswahl, bei der die CDU im Westen und die PDS im Osten der Stadt stärkste Parteien wurden. Doch wie im kältesten Kalten Krieg stehen sich die Zehlendorfer CDU und die Hellersdorfer PDS unversöhnlich gegenüber. Sie würden eher ein neues Passierscheinabkommen vereinbaren als eine Koalition.

Berlin, klagt die Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing, leide an „der Krankheit Wirklichkeitsverweigerung“.

Das ist ein unheilvolles deutsches Schlüsselwort. Zweihundert Jahre lang haben die Deutschen, als verspätete Nation, Europa und die Welt beunruhigt, bedroht und verheert. Immer wähten sie sich entweder zu groß oder zu klein. Die Nachbarn, klagte Winston Churchill, hätten die Germans entweder an der Kehle oder zu Füßen.

Nach 1945 waren sie doppelt klein. Ein Symbol der deutschen Zweisamkeit konnten Staatsbesucher vor dem Bonner Kanzleramt besichtigen: eine in die Höhe strebende große Bronze-Skulptur aus zwei Teilen, selbstgenügsam und wie von innen erleuchtet – „Two large Forms“ von Henry Moore.

Das Kunstwerk konnte fast mit dem rostfarbenen Stelzenbau aus dem architektonischen Geist der siebziger Jahre versöhnen, in dem der Kanzler arbeitete und empfing. Brandt ließ ihn so errichten, Helmut Schmidt, der Erstbezieher, sprach ihm den Reiz einer rheinischen Sparkasse zu.

Für die Staats- und Regierungschefs aus London, Paris oder Washington, die imperiale Größe und Schönheit gewöhnt waren, mochte die Arbeitsstätte des deutschen Bundeskanzlers ein ästhetischer Graus sein – politisch gesehen war so viel Kargheit immer auch eine Genugtuung.

Das neue Kanzleramt am Spreebogen in Berlin besitzt acht Stockwerke und ist



Deutsche Soldaten beim Nato-Einsatz im Kosovo:

36 Meter hoch. Massige Säulen umrahmen im Innern das gläserne Portal, viel Glas soll dem Würfel aus hellem Sandstein mit einem ganz leichten Rosaschimmer die Wucht nehmen, als hätte da jemand ein schlechtes Gewissen wegen so viel Größe.

Aus seinem Büro hat der Kanzler freien Blick auf die Skyline der hochschießenden Hauptstadt; der Reichstag, der nur unwesentlich höher aufragt, wirkt im Fenster wie eingerahmt. Die Architektur ist groß, teuer und zeugt von ziemlich viel Mut. Den anreisenden Staatsgästen aber wird gar nichts anderes übrig bleiben, als darin einen ungemütlichen Hang zum Monumentalen zu entdecken, ein beredtes Zeichen vom Ende der Bescheidenheit.



## Im Aufbruch Deutschland und Europa seit dem Mauerfall

**1989**

**9. November** Die Mauer fällt: Die DDR-Führung öffnet die Grenze zur Bundesrepublik und nach West-Berlin.

**13. November** Hans Modrow wird DDR-Ministerpräsident.

**28. November** Bundeskanzler Helmut Kohl legt ein Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas vor.



Öffnung der Berliner Mauer

**18. März** Aus den ersten freien Volkskammerwahlen der DDR geht die CDU-geführte „Allianz für Deutschland“ als Siegerin hervor.

**12. April** Lothar de Maizière wird DDR-Ministerpräsident.

**21. Juni** Bundestag und Volkskammer verabschieden den Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

**1990**

**1. Juli** Der Vertrag, der den Ostdeutschen die D-Mark bringt, tritt in Kraft.

**23. August** Die Volkskammer beschließt den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik.

**12. September** Mit der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages in Moskau erhält das vereinigte Deutschland die volle Souveränität.



M. MATZEL / DAS FOTARCHIV

Eine bestimmende Weltkraft in durchaus positivem Sinn?

Also doch: Großmachtgelüste. Wollen sich nun, zehn Jahre nach dem Mauerfall, die Deutschen nicht länger zurückhalten? Drängt es sie endlich zu zeigen, dass sie wieder wer sind? Zum Beispiel, wie der ehemalige tschechische Ministerpräsident Václav Klaus glaubt, „eine bestimmende Weltkraft in durchaus positivem Sinn“? Oder vielleicht das „Zentrum des sich herausbildenden Europäischen Systems“, was der britische Politologe William E. Paterson behauptet? Und das mit einer Hauptstadt, die „unbezweifelbar das künftige Herz Europas sein wird“, wie die amerikanische Star-Fotografin Annie Leibovitz schmeichelt?

Ist Deutschland gar schon auf dem Wege, „ein Gegen-

gewicht zur amerikanischen Hegemonie zu schaffen“, worauf man im Stab des russischen Duma-Vorstehers Gennadij Selesnjow zu hoffen scheint? Bauen die wieder vereinigten Deutschen womöglich ein „Viertes Reich“, was 1989 gerade bei westlichen Nachbarn eine weit verbreitete Befürchtung war?

Die „deutsche Bedrohung“ erneut zu entdecken, wie das die Pariser Germanistin Yvonne Bollmann getan hat, belebt derzeit die Umsätze französischer Buchhändler und britischer Zeitungshäuser. Da spekuliert Philippe Delmas, Vorstandsmitglied bei Airbus und Intimus des einstigen Außenministers Roland Dumas, auf 205 Seiten über den „nächsten Krieg mit Deutschland“.

Alain Griotteray, Kommentator des konservativen Pariser „Figaro“, der eine Art spirituellen Führer durch das neue Deutschland herausgebracht hat, entdeckt beim Nachbarn einen „neuen Pangermanismus“ und hält Deutschlands Hauptstadt für das neue Rom eines „Heiligen Germanischen Reiches“.

Jenseits des Ärmelkanals wird noch größer geholt. „Wir dürfen uns nicht von den Deutschen herumstoßen lassen“, predigt etwa die „Daily Mail“ ihren Lesern bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit. Der „Sunday Times“-Korrespondent AA Gill, in seinen modischen Lifestyle-Kolumnen stets um möglichst innige Verschmelzung mit dem Zeitgeist bemüht, appellierte in einer Reportage über das neue Berlin an seine Leser: „Geben wir es doch zu, wir alle hassen die Deutschen.“

Wie zu Beginn des Jahrhunderts ist das wieder vereinte Deutschland mit 82 Millionen Menschen das mächtigste Land auf dem europäischen Kontinent. „Die Größe“, sagt Kanzler Schröder, „macht den Unterschied“ zwischen der alten Bundesrepublik und dem vereinten Deutschland. Und sein Außenminister Joschka Fischer weiß: „Ein Staat kann von seinem strategischen Potenzial, das sich aus seiner Bevölkerungsgröße, seiner Wirtschaft, seiner Rüstung und seinen Interessen ergibt, nicht einfach zurücktreten, kann seine geopolitische Lage nicht ignorieren und bleibt demnach ein objektiver Machtfaktor, ob er das politisch will oder nicht.“

In der EU ist die Berliner Republik die stärkste Wirtschaftskraft, sie besitzt die größten Währungsreserven und ist weltweit die zweitgrößte Handelsnation. Deutschland schickt Soldaten mit der Nato in das Kosovo, Beobachter in die Uno-Mission nach Abchasien und Sanitäter nach Osttimor. Für Ost- und Südosteuropäer ist Berlin Lotse in den Sicherheit und Marktwirtschaft spendenden Westen.

„Deutschland ist groß, ist präsent im übrigen Europa, und zwar viel mehr als andere Staaten“, sagt der deutsch-britische Soziologe Ralf Dahrendorf. Es ist der wichtigste Handelspartner Russlands im Westen und auch so etwas wie dessen An-



Abschied eines russischen Soldaten

P. RONDHOIZ

1991

**3. Oktober** Ende der DDR. Mit einem Staatsakt in der Berliner Philharmonie wird die Vereinigung der beiden deutschen Staaten gefeiert.

**9. Oktober** Vertrag zwischen Bonn und Moskau über den Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland.

**15. Oktober** Friedensnobelpreis für Michail Gorbatschow.

**20. Juni** Der Bundestag beschließt, den Parlaments- und Regierungssitz von Bonn nach Berlin zu verlegen.

**25. Juni** Jugoslawien zerfällt. Kroatien und Slowenien erklären ihre Unabhängigkeit.

**20. September** Mit dem Angriff auf ein Ausländerwohnheim im sächsischen Hoyerswerda beginnt eine Serie von Überfällen und Brandanschlägen auf Ausländer im vereinten Deutschland.

**9. bis 10. Dezember** Der Europäische Rat beschließt die Weiterentwicklung der EG zur Wirtschafts- und Währungsunion EU.

**20. Dezember** In Berlin wird für Archivierung und Sichtung der Stasi-Unterlagen die so genannte Gauck-Behörde errichtet.

**25. Dezember** Rücktritt Gorbatschows. Sechs Tage später löst sich die Sowjetunion offiziell auf.



Michail Gorbatschow bei seiner Rücktrittserklärung

SYGMA

walt. Schon 1996 nannte Moskaus damaliger Außenminister Jewgenij Primakow die vereinigte Republik eine „Weltmacht“.

Keine Frage – Deutschland ist eine Macht in der Welt, womöglich sogar eine Großmacht. Eine Weltmacht aber will und darf es nicht sein. „Bei aller Freude über die Einheit sollten wir bescheiden bleiben“, mahnte Helmut Kohl schon 1990.

Das ist nicht nur sachlich berechtigt. Ein Staat ohne atomare Waffen, ohne nennenswerte Rohstoffe, in schlechter strategischer Lage, abhängig von Exporten, auf Jahrzehnte durch die Milliarden teure Renovierung der ehemaligen DDR belastet – was für eine Weltmacht sollte das sein?

Entscheidender aber ist die historische Hypothek, die sich das Reich der Deutschen im zu Ende gehenden Jahrhundert durch sein Hegemoniebestreben aufgelastet hat. Seit Kaiser Wilhelm II. zur Jahrhundertwende einen Platz an der Sonne forderte – ein Anspruch, für den seine Untertanen und deren Kinder in zwei Weltkriegen bluteten und Europa zerstörten –, ist Weltmacht ein Wort, das deutschen Politikern nicht leicht über die Lippen geht.

Tatsächlich sind es in Deutschland nur die Kritiker der Vereinigung, die den Regierenden in Bonn und Berlin „Weltmacht-Illusionen“ („taz“) oder eine „Neue Weltmachtrolle“ („Neues Deutschland“) unterstellen. Der Argwohn entzündet sich vor allem daran, dass aus zwei deutschen Nachkriegsgeschichten wieder eine deutsche Nationalgeschichte geworden ist.

Plötzlich stand „das Volk“ wieder auf der politischen Bühne, nicht als „die Leute“, sondern als Nation. Das gab der Berliner Republik, die zumindest als symbolisches Staatsgebilde die Nachfolge des Deutschen Reiches angetreten hat, eine ungemütlich vertraute Färbung.

Nun war jene angebliche „Normalität“ ins nationale Leben der Deutschen zurückgekehrt, an die im Ernst niemand geglaubt hatte. Als Kanzler im Spreebogen wird Schröder nicht nur Nachfolger sein von Konrad Adenauer und Willy Brandt. Er wird auch in einer Reihe stehen mit Bismarck und Adolf Hitler.



Kanzler Schröder, Außenminister Fischer\*: Was muten sie den Verbündeten zu?

Und ausgerechnet dieser erste Nachkriegs-Regierungschef, dem von Herkunft und Attitüde alle Voraussetzungen für klirrende staatliche Großmächtauftritte abgehen, führte sein Land wieder in einen Krieg. Aber nur mit 14 Flugzeugen – und auch nicht allein. In der Nato, das ist die schlichte Lehre, gibt es die Vormacht USA und ansonsten Länder minderen Ranges,

\* Beim EU-Gipfel in Köln am 3. Juni.

darunter – keineswegs in der ersten Reihe – die Bundesrepublik Deutschland.

In Wahrheit zeigte der Kosovo-Einsatz vor allem, wie angestrengt die Deutschen versuchten, neue „Sonderwege“ zu meiden. Der Zuzug aus dem Osten und der Umzug nach Berlin änderten nichts an ihrer kulturellen und politischen West-Orientierung. Immer gewahr, dass die deutsche Politik



Bundeskanzler Gerhard Schröder

1998

27. September Rot-Grün gewinnt die Wahl. Gerhard Schröder wird Kanzler.

1992

29. Juli Erich Honecker wird aus Moskau in die Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert.



Krieg in Bosnien-Herzegowina

1993

12. Januar Das Strafverfahren gegen Honecker wird eingestellt.

2. April Erster Kampfeinsatz von deutschen Soldaten: Hilfe bei der Überwachung des Flugverbots über Bosnien-Herzegowina.

1994

16. Oktober CDU/CSU und FDP gewinnen die Bundestagswahlen.

1995

1. Januar Finnland, Schweden und Österreich treten der EU bei.

26. März Mit dem In-Kraft-Treten des Schengener Abkommens fallen die Grenzkontrollen zwischen Deutschland, Frankreich, den Benelux-Staaten, Spanien und Portugal.

21. November Das Abkommen von Dayton bringt Frieden für Bosnien-Herzegowina.

1996

4. März Der Bundesgerichtshof verurteilt erstmals einen Offizier der DDR-Grenztruppen wegen Totschlags.

1997

12. bis 13. Dezember In Luxemburg beschließt die EU, mit Zypern und fünf osteuropäischen Staaten Verhandlungen über einen Beitritt aufzunehmen.

in Europa weiter unter Generalverdacht steht, mühten sich Kohl wie Schröder um den Nachweis, dass sie ihre wiedergewonnene nationale Souveränität sofort wieder aufzugeben und in die multinationalen Bündnisse einzubringen bereit waren.

Die Nachbarn vermerkten es mit misstrauischer Erleichterung. Im Westen mag geholfen haben, dass die wirtschaftliche Dominanz eher nachzulassen schien. Die plötzliche Öffnung der Grenzen riss die Deutschen wirtschaftlich brutal in den Strudel der Globalisierung. Sie hatten das Preis-Dumping nun direkt vor der Haustür.

Im Osten aber wich anfängliches Misstrauen schnell vertrauensvoller Zuversicht. Warschau blieb auf Distanz, solange Kanzler Kohl zögerte, die polnische Westgrenze an Oder und Neiße endgültig anzuerkennen. Und bis zum Versöhnungsabkommen mit den Tschechen 1997 hatte es über die Ansprüche der Sudetendeutschen in Prag keine wirkliche Verärgerung gegeben.

Tatsächlich hatte das wieder vereinigte Deutschland ja zunächst in den mitteleuropäischen Staaten auch nicht viel mehr als einen Cordon sanitaire gesehen, eine Pufferzone zum Schutz nicht nur gegen etwaige Überraschungsangriffe, sondern auch gegen ein Millionenheer von Wirtschaftsflüchtlingen aus dem Osten.

Doch schon bald florierte der Handel. Heute ist Polens Außenminister Bronislaw Geremek „fest überzeugt, dass das Deutschland der Berliner Republik die Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen schafft“, die für Europas Zukunft von entscheidender Bedeutung sei. „Der Fall der Mauer gilt den Polen als Symbol für das Ende der Nachkriegsordnung von Jalta und für die Rückkehr unseres Landes nach Europa.“

Sein ehemaliger tschechischer Kollege Jiří Dienstbier, heute Uno-Beauftragter für Jugoslawien, wundert sich, in „welch starkem Ausmaß es gelang, die Schatten der Vergangenheit zu überwinden“.

Dennoch – ein Rest von Misstrauen bleibt. Vergangenheit und Größe Deutschlands sind für die Nachbarn Risikofaktoren. Ob sie also ihre Hauptstadt neu bauen, am Kosovo-Krieg teilnehmen oder Anspruch auf einen ständigen Sitz im Si-

cherheitsrat der Vereinten Nationen erheben, immer werden im Ausland letzte Fragen an sie gerichtet: Was wollen sie? Was muten sie den Verbündeten zu? Was nehmen sie auf sich?

Keiner ist sich dessen so bewusst gewesen wie Helmut Kohl. Nach dem Fall der Mauer hatte er nur allzu deutlich erfahren, wie tief auch bei den befreundeten Nachbarn im Westen die Ängste vor einem vereinten Deutschland saßen. Die sahen einen deutschen „Koloss“: 78 Millionen Bürger stark und mit einem Bruttosozialprodukt von 2,75 Billionen Mark.

**„Das heutige Deutschland ist ein europäischer Staat, frei von imperialen Ambitionen“**

Der französische Präsident François Mitterrand hielt es plötzlich nicht für ausgeschlossen, „dass man in die Vorstellungswelt von 1913“ zurückfalle – eine britisch-französisch-russische Allianz als Gegengewicht. Auch Margaret Thatcher, entdeckte der Bundeskanzler, habe nicht hinnehmen wollen, dass Deutschland – nach zwei verlorenen Weltkriegen – am Ende dieses Jahrhunderts „als der große Gewinner“ dastehe.

Dass bei den Jubiläumsfeiern im Berliner Reichstag in dieser Woche neben Helmut Kohl auch Ex-Präsident George Bush und der frühere Generalsekretär Michail Gorbatschow reden werden, ist mehr als eine Geste. Es war wohl tatsächlich das Vertrauensverhältnis zwischen diesen drei Männern, das die gewaltfreie und zügige Vereinigung ermöglichte und die ewige „deutsche Frage“ entschärfte.

Die einzig verbliebene Supermacht, Gewinnerin des Kalten Kriegs, hatte Deutschlands Wiedervereinigung von Anfang an unterstützt, weil Kohl garantierte, dass auch das ganze Deutschland Mitglied des Atlantischen Bündnisses bleiben werde, fest eingebunden in multinationale Strukturen wie etwa die Europäische Union.

Auch die Russen waren erstaunlich umgänglich. Obwohl sie die eigentlichen Verlierer im Machtpoker des Kalten Kriegs waren, verschmerzten sie das Wegbrechen ihres westlichsten Vorpostens überraschend leicht. Im wieder vereinigten Deutschland gewannen sie einen Partner, der – zumindest unter Kohl – besonderes Verständnis für die Nöte des Kreml entwickelt hatte. Seit dem Fall der Mauer hat die deutsche Regierung die Hälfte aller westlichen Hilfsleistungen an das marode Riesenreich übernommen.

Weltpolitisch bereitet die Bundesrepublik den Russen keinen Grund zur Sorge. „Die Befürchtungen, mit der Vereinigung könne ein Superstaat entstehen, der Europa dominiert, haben sich als unbegründet erwiesen“, glaubt der Politologe Wjatscheslaw Daschtschew, einst Berater von Michail Gorbatschow. „Das heutige Deutschland ist ein europäischer Staat frei von imperialen Ambitionen.“

Am deutschen Kurs hat sich in den vergangenen zehn Jahren nichts Grundsätzliches verändert.

Der grüne Außenminister Joschka Fischer sagt zwar nicht, wie Kohl, dass die europäische Einigung eine Frage von Krieg und Frieden sei, aber auch aus seiner Sicht ist die Erweiterung und Vertiefung der EU eine Sache der Friedens- und Sicherheitspolitik. Wie sein Kanzler Schröder denkt er dabei freilich weniger an die Vergangenheit, wie die Flakhelfer-Generation, sondern eher an

**1999**

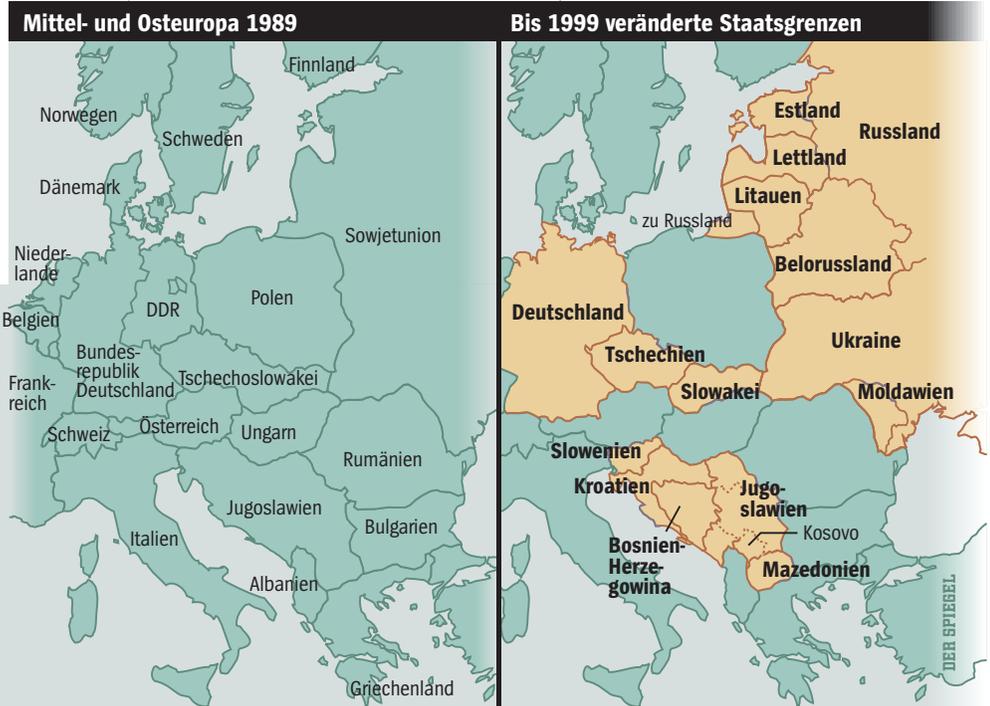
**1. Januar** Der Euro ist da – vorerst nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr.

**24. März** Im Kosovo-Konflikt bombardiert die Nato Serbien. Deutsche Soldaten sind zum ersten Mal im Kriegseinsatz.

**12. März** Mit einem Festakt im amerikanischen Independence werden die drei ehemaligen Ostblockländer Polen, Tschechien und Ungarn in die Nato aufgenommen.

**23. August** Kanzler Schröder beginnt seine Arbeit in Berlin.

**September/Oktober** Bei den Wahlen in Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Berlin etabliert sich die PDS weiter als ostdeutsche Volkspartei.





A. VOLKEL / WELDPRESS

**Großbaustelle Potsdamer Platz in Berlin (1999): Auferstanden aus Ruinen**

die Zukunft, an die Bändigung von Nationalismus und ethnischer Konflikte auf dem Balkan oder im Kaukasus.

Wie für Kohl führt auch für Fischer ein gerader Weg von der gefallenen Mauer nach Maastricht: Der Euro ist der Preis für die Einheit. Die Transformation der Wirtschafts- und Währungsunion in einen europäischen Staatenverbund mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik er-

### Dass man in Berlin Auschwitz vergessen könnte, erscheint absurd

scheint aus deutschem Blickwinkel nur folgerichtig und wünschenswert.

Das alles ist für die neuen Regierenden so selbstverständlich, dass sie sich auch dann nicht als Nationalisten fühlen, wenn sie so klingen. Soll sich der Regierungschef unter dem Verdacht sehen, Weltmachtgelüste zu haben, nur weil er auf Deutschlands neue Größe verweist?

Gerhard Schröder ist weder Willy Brandt noch Wilhelm Zwo. Er hat kein geschlossenes Weltbild und keine reflektierte Sicht auf die Geschichte. Sein postmoderner Politikstil benutzt Sprachbilder und Beispiele aus der Historie unbekümmert um ihre emotionale Aufladung. Die Konkurrenz-Generation der Enkel findet diesen robusten Redestil einfach modern.

In den achtziger Jahren hat Friedrich Dürrenmatt „Deutschland“ einen Begriff genannt, „den es nur noch in der Erinnerung gibt, in der Nostalgie, im Sentimentalen, in der Ver-

gangenheit endlich“. Mit der Einheit und der Diskussion um die „Berliner Republik“ ist er zurückgekommen, und Schröder, der Enkel, verwendet ihn ohne Zaudern: „Das Deutschland, das wir repräsentieren, wird unbefangen sein, in einem guten Sinne vielleicht deutscher sein.“

Das lässt der Kohl-Nachfolger ungeniert seine Partner spüren, besonders die Franzosen. Wegen dringender Geschäfte lehnte er im November vorigen Jahres eine Einladung zu den Feierlichkeiten ab, mit denen Paris das Ende des Ersten Weltkriegs begeht, der in Frankreich der Große heißt.

Seither haftet der Regierung Schröder/Fischer der Ruf an, sie lasse dem deutsch-französischen Verhältnis nicht die gebührende Pflege angedeihen. Freilich gibt es auch in Paris Stimmen, die Versöhnung für getane Arbeit halten, ein abgeschlossenes Kapitel. Die begrüßen es, dass der Kanzler und seine Minister sich endlich trauen, im Europäischen Rat die nationalen Interessen der Deutschen zuweilen auch mal schroff zu vertreten.

Für sie ist das eine willkommene „Banalisierung“ des symbolisch überhöhten Verhältnisses. Der französische Außenminister Hubert Védrine sagt: „Es ist ein großes, normales Land und ein großer, nor-

maler Partner, der für Europa arbeitet, aber auch seine nationalen Interessen verteidigt. Das ist weder schockierend noch beunruhigend.“

Empfindsamer reagieren hingegen die kleinen Staaten in der Europäischen Union auf die rabiaten Umgangsformen der neuen deutschen Regierung. Das grobe Gebaren des deutschen Kanzlers mag unklug sein, takt- und stillos gewiss auch, doch Großmachtsprüche verbergen sich nicht dahinter. Mit der Balance zwischen Anbiederung und Auftrumpfen haben die Deutschen offenbar noch immer Schwierigkeiten. Aber ein „Viertes Reich“ ist nirgendwo zu sehen.

Im Gegenteil. Das neue Deutschland, lobte der israelische Ministerpräsident Ehud Barak unlängst anlässlich seines ersten Besuchs in der Regierungshauptstadt Berlin, sei eine „stabile, sensible und dynamische Demokratie“. Es gebe niemanden, „der sich ernsthaft vor deutschen manipulativen Machtspielen fürchtet“.

Auch erscheint die Vorstellung, dass die Deutschen in Berlin Auschwitz vergessen könnten, in der Tat absurd. Die Diskussion um das Holocaust-Denkmal hält an. Wehrmachtsausstellung, Walser-Rede, Bubis, Goldhagen – an Stichworten, die von der nachhallenden Präsenz der Geschichte künden, ist kein Mangel.

Schwer vorstellbar, dass ein deutscher Kanzler, auch wenn er aus seinem neuen Amtszimmer hoch über den Tiergarten hinausblickt, in Sichtweite des Reichstags und des Denkmals für die siegreiche Rote Armee die Vergangenheit aus den Augen verlieren könnte, um wieder Weltmachtpläne zu schmieden. Undenkbar,

**Maueröffnung am Potsdamer Platz (1989): Gefilmte Erinnerung**



SPIEGEL TV

dass Schröder auf solche Ideen verfällt, solange er noch am Schlossplatz Nr. 1 regiert.

Denn aus seinem Büro im ehemaligen DDR-Staatsratsgebäude blickt er mitten in die deutsche Geschichte. Vor ihm liegen die freigelegten Fundamente des 1950 gesprengten Hohenzollernschlosses. Daneben steht die größte Ruine der untergegangenen DDR, der braun getönte Glas-„Palast der Republik“.

Gleich nebenan findet sich ein weiteres Wahrzeichen deutscher Kriegs- und Nachkriegsgeschichte, die Reichsbank. Das Riesenbauwerk aus der Nazi-Zeit, ab 1959 Sitz des Zentralkomitees der SED, wird für Joschka Fischers Außenamt hergerichtet.

Auferstanden aus Ruinen – Zeugnisse dreier katastrophaler Phasen deutscher Vergangenheit stoßen hier im Umkreis von wenigen hundert Metern aufeinander. Solche Schnittstellen gibt es nur in Berlin. Wohin Schröder und seine aus Bonn zugeordneten Minister auch kommen, gehen oder blicken: Überall drängen sich die steinernen Hinterlassenschaften aus Wilhelms, Adolfs und Erichs Zeiten ins Bild.

Das gab es im rheinischen Regierungsbetrieb nie. Bonn lag abseits deutscher Erinnerungen, und das war durchaus gewollt. In Berlin aber gibt es kein Entrinnen.

Als Helmut Kohl noch im Westen regierte, kam niemand auf die Idee, die Ost-Erweiterung der EU mit deutschen Großmacht-Träumen in Verbindung zu bringen. In Berlin aber will ein spanischer Journalist vom Regierungssprecher wissen, ob es ein Zufall sei, dass mit der von den Deutschen vorangetriebenen Expansion der Einfluss auf jenen Bereich östlich von Oder und Neiße ausgedehnt werden solle, der einst zum Reich gehörte.

Auch die immer noch ungeklärte Frage der Entschädigung für Zwangsarbeiter gewinnt in der alten Reichs- und neuen Bundeshauptstadt eine andere Gewichtung. In Berlin, wo die Verbrechen geplant, administriert und befohlen wurden, sieht sich die Regierung unter verschärfter Beobachtung.

Und doch – wenn heute der Berliner Republik von Londoner Tageszeitungen ein Hang zum wilhelminischen Auftrumpfen unterstellt wird, horcht man im Bundeskanzleramt auf. Sind wirklich die Deutschen gemeint? Oder soll mit der grobschlächtigen Karikatur Berliner Buhmänner – sogar Außenminister Fischer wird dann schon mal zum „Gauleiter“ dämonisiert – das vereinigte Europa eine möglichst hässliche Fratze kriegen?

Während viele Briten ihre Abneigung gegen eine sich formierende Großmacht Europa gern in Kraut-Klischees verbergen, preisen die Franzosen die neue Bereitschaft der Deutschen, in allen Feldern der Politik mitzumischen – auch bei militärischen Einsätzen. Den Willen, ein „globaler Spieler“ zu werden, verkörpere niemand besser als Fischer, dem Paris nicht nur Seiltänzerqualitäten unterstellt, sondern auch den Hang zu einer „planetarischen Vision“.

\* Oben: mit seiner amerikanischen Amtskollegin Madeleine Albright am vorigen Mittwoch in Washington; unten: im Flugzeug des US-Präsidenten im Mai 1998.

Die kommt nicht ungelegen. Bisher ist Frankreich in der EU der einzige voll integrierte Staat gewesen, der weltweit aktiv ist und einen globalen Status beansprucht. Aber zur Weltmacht reichte es nicht. Von Charles de Gaulle bis zu Chirac projizierte Frankreich diesen Anspruch deshalb auf die EU: Europa müsse über Freihandelszone und Binnenmarkt hinaus eine autonome Großmacht neben den USA werden.



**Außenminister Fischer\***  
Ein gerader Weg von der Mauer nach Maastricht

Der Bonner Republik – die ebenso atlantisch wie europäisch orientiert war – waren solche Gedankenspiele befremdlich. Jetzt aber, so frohlocken die Franzosen, seien die „neuen Deutschen endlich in der Lage, psychologisch, politisch und historisch nicht mehr zurückzubleiben, sondern sich uns anzuschließen“.

Der Grundstein dazu wurde aus Pariser Sicht am 14. Oktober dieses Jahres gelegt – als der Zusammenschluss der französischen Aerospatiale Matra mit der deutschen Dasa zum drittgrößten Luft- und Raumfahrtkonzern der Welt unter der Schirmherrschaft beider Regierungschefs besiegelt wurde. Der französische Verteidigungsminister Alain Richard jubelte: „Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist möglich geworden.“

Auch der gaullistische Staatschef Chirac stellte fest: „Für die Europäische Union ist der Augenblick gekommen, sich die institutionellen Mittel und die militärischen Fähigkeiten zu geben, die es ihr erlauben, jedes Mal zu handeln, wenn es nötig ist – ob mit der Nato oder selbständig.“

Dass die Deutschen dabei mitmachen werden, gilt in Paris als ausgemacht. „Die Logik der deutsch-französischen Partnerschaft hat sich durchgesetzt“, freut sich Europaminister Pierre Moscovici.

Tatsächlich ist Schröder der Deal willkommen. Gute Geschäfte gefallen ihm immer. Und wie alle Nachkriegsdeutschen, inzwischen auch viele aus den neuen Ländern, hat der Kanzler gelernt, dass es gefälliger wirkt, die Welt zu kaufen, als sie zu erobern.

SUSANNE FISCHER, ROMAIN LEICK,  
JÜRGEN LEINEMANN, HARTMUT PALMER,  
GERHARD SPÖRL, KLAUS WIEGREFE



**Regierungschefs Clinton, Kohl\***: Unterstützung von der Supermacht